

KANOUN

Monatszeitschrift

Demokratische Vereinigung für Flüchtlinge

Drittes Jahr - Nr. 10 : Oktober 2008



Offener Brief an die Henker meines Vaters

Vor 20 Jahren fand im Iran eine der grössten Säuberungsaktionen in der Geschichte der Islamischen Republik statt. Bis heute schweigt Teheran darüber.

Brief einer Zeugin

Im Frühjahr und Sommer 1988 wurden in mehreren Gefängnissen Vorkehrungen getroffen, die man als Vorbereitung der Exekutionen werten muss. Die Verantwortlichen für dieses Massaker sind zum Teil bekannt. Neben Khomeini, sind dies auch Mitglieder des jetzigen Regierungsapparates.

Seite 7



Am 21. September 2008 wurde die fünfte Gründung DVF in Zürich durchgeführt.

Die Sitzung hat Herr Sadegh Enshai Mitglied Exekutivkomitees DVF mit seiner Ansprache begonnen.

Er hat in seiner Rede zuerst gesagt: „Wir sind heute zusammen gekommen, da wir den Jahrestag unseres Vereins feiern wollen. Vier Jahre erfolgreicher Tätigkeit sind vergangen. Die DVF hat in dieser Zeit mit grossem Engagement unserer Führungskräfte und der richtigen Planung gegen das Mullahregime und für die Rechte der Flüchtlinge gekämpft.

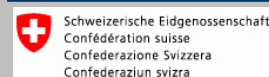
Vor Vier Jahren hat Herr Dr. Madjid Moshayedi diesen Verein gegründet. Dieser Verein ist frei von jeglicher Ideologie und unabhängig von anderen Organisationen. Vier Jahre pausenlose Aktivitäten hat unser Verein zu einem stabilen und bekannten Verein in der Schweiz gemacht.

Seite 2



Protestkundgebungen in mehreren europäischen Städten

Seite 3



Die Schweiz kritisiert die Todesstrafe im Iran

Seite 4



UN-Vollver- sammlung; Ahmadinejad greift erneut Israel an

Seite 5



Frauenrechte sind Menschenrechte

Seite 6

Iran ist kein Rechtsstaat!

Am 21. September 2008 wurde die fünfte Gründung DVF in Zürich durchgeführt.

Die Sitzung hat Herr Sadegh Enshai Mitglied Exekutivkomitees DVF mit seiner Ansprache begonnen.

Er hat in seiner Rede zuerst gesagt: „Wir sind heute zusammen gekommen, da wir den Jahrestag unseres Vereins feiern wollen. Vier Jahre erfolgreicher Tätigkeit sind vergangen. Die DVF hat in dieser Zeit mit grossem Engagement unserer Führungskräfte und der richtigen Planung gegen das Mullahregime und für die Rechte der Flüchtlinge gekämpft. Vor Vier Jahren hat Herr Dr. Madjid Moshayedi diesen Verein gegründet. Dieser Verein ist frei von jeglicher Ideologie und unabhängig von anderen Organisationen. Vier Jahre pausenlose Aktivitäten hat unser Verein zu einem stabilen und bekannten Verein in der Schweiz gemacht. In dieser kurzen Zeit hat dieser Verein viele Demonstrationen und Versammlung gegen das islamische Regime in der Schweiz organisiert.

Seine Aktivitäten wurden ausserhalb der schweizerischen Grenze publik. Vier Jahre, in denen wir gegen die Verschwörung des iranischen Regimes und ihre Versuche, unseren Verein systematisch auseinander zu brechen, gekämpft haben. An diesem Tag blicken wir auf vier Jahre erfolgreicher Aktivitäten und einen Meilenstein für die Rechte der Flüchtlinge zurück. An diesem Jahrestag gratuliere ich Herrn Dr. Madjid Moshayedi, dem Gründer dieses Vereines, den Verantwortlichen und unseren Mitgliedern und ich lade Herrn Moshayedi ein, seinen Jahresbericht und die Zukunftsperspektiven der DVF zu präsentieren.“

Herr Dr. Moshayedi Gründer DVF hat ausführlich den Jahresbericht den Anwesenden präsentiert. Auch die täglich zunehmende Verschlechterung der Situation für die

Flüchtlinge in der Schweiz hat er speziell genannt. Er hat einige Vorschläge und Gegenmassnahmen zur Eindämmung dieser Probleme gemacht. Die Arbeit des Exekutivkomitees und die Versuche des islamischen Regimes zur Vernichtung der DVF wurden schliesslich angesprochen.

Herr Enshai hat der Präsident DVF Herr Mehrzad Khalili eingeladen:

“Mir ist bewusst, dass die Annahme dieses Amtes schwierig und hart ist. Vor allem, da vor mir eine Kämpfernatur wie Dr. Madjid Moshayedi der DVF geführt hatte. Für den neuen Verantwortlichen der DVF ist es schwierig, seinem Vorgänger ebenbürtig zu sein. Doch ich verspreche, auf diesem Weg mein Bestes zu geben. In diesem Zeitpunkt, in dem ich mein Amt angenommen habe, hoffe und zähle ich auf die Unterstützung, das Mitdenken und das Mitleiden des Exekutivkomitees und zum Schluss auch jedes Mitgliedes. Ich glaube, dass kein Verantwortlicher ohne die Hilfe der Mitglieder bei der Erledigung der täglichen Angelegenheiten erfolgreich sein kann.“

Am Schluss haben das Exekutivkomitee und andere Verantwortliche der DVF mit ihrem Präsidenten nochmals ihren Willen zur Bekämpfung der islamischen Republik bekräftigt.

Nach dem Sitzungsende haben alle Mitglieder an der Feier zum Jahrestag teilgenommen. Die Feier hat bis spät in die Nacht gedauert und alle sind mit Freude in ihre Städte zurückgegangen.

**Demokratische Vereinigung für
Flüchtlinge (DVF)**



Iran: Politische Gefangene im Hungerstreik

Protestkundgebungen kurdischer Gruppe in mehreren europäischen Städten

Seit dem 25. August befinden sich zahlreiche kurdische politische Häftlinge im Iran in einem unbefristeten Hungerstreik. Der Protest der iranisch-kurdischen Parteien richtet sich unter dem Motto »Berxwedan Jiyane« (Widerstand heisst Leben) gegen die drohende Hinrichtung von acht kurdischen Journalisten und Menschenrechtsaktivisten.

Nach Angaben von Amnesty International handelt es sich um 55 Gefangene in verschiedenen Gefängnissen im Iran, deren Zustand Anlass zu höchster Besorgnis gibt. Von iranischen offiziellen Stellen gibt es keinerlei Verlautbarungen zu dem Hungerstreik.

Die islamische Republik Iran hat ihre Angriffe gegen ethnische und religiöse Minderheiten, insbesondere aber gegen Kurden im Iran und andere Oppositionelle massiv ausgeweitet und praktiziert mit grausamen Methoden vor den Augen der Weltöffentlichkeit massive Menschenrechtsverletzungen.

Journalisten werden unschuldig verhaftet und gefoltert, kritische Zeitungen werden geschlossen, Besitzer von Satellitenempfänger werden gefoltert und bedroht und die Satelliten beschlagnahmt, Oppositionelle werden zum Tode verurteilt und friedliche Demonstranten insbesondere in den kurdischen Regionen von iranischen Sicherheitskräften beschossen.

Seit Jahrzehnten versucht die kurdische Volksgruppe mit demokratischen Mitteln für die Erhaltung ihrer Minderheitsrechte, Meinungsfreiheit und Demokratie im Iran zu kämpfen. Insbesondere haben sie in den letzten zwei Jahren mit friedlichen Mitteln demonstriert, wurden dabei regelmässig von iranischen Sicherheitskräften angegriffen und mehrere kurdische Demonstranten wurden dabei getötet. Der Druck auf die Kurden wurde so stark erhöht, dass die kurdischen Ortschaften unter militärischer Kontrolle stehen und politische kurdische Aktivisten und Menschenrechtler entweder

festgenommen oder vom iranischen Geheimdienst getötet werden. Die Einschüchterungspolitik und die iranische Repression gegen die kurdische Volksgruppe, die demokratische Zivilgesellschaft und die oppositionellen Kräfte sind verbrecherisch und willkürlich.

Protestaktion in Bern

Wie NEWS.CH berichtete, haben rund 100 Personen vor der iranischen Botschaft in Bern gegen die islamische Republik Iran protestiert. «Keine Geschäfte mit den Mullahs» forderten die Kundgebungsteilnehmer unter anderem in Sprechchören.


In einer Mitteilung bezeichneten die Organisatoren den iranischen Staat als «fundamentalistisches und mörderisches Regime». Jeder Schritt in Richtung Freiheit werde mit Waffen und Gewalt im Keim erstickt.

Mit der Kundgebung wolle man die politischen und zivilen Gefangenen im Hungerstreik unterstützen, hiess es weiter. Der Kundgebungszug formierte sich auf dem Helvetiaplatz und zog dann vor die iranische Botschaft an der Thunstrasse.

Die Kundgebung wurde unter anderem von der Demokratischen Partei Kurdistan - Komitee Schweiz und der **Demokratischen Vereinigung für Flüchtlinge** getragen.

Proteste in Hamburg

In mehreren europäischen Städten fanden bereits Protestkundgebungen kurdischer und iranischer Gruppen statt. »Unsere Solidarität gilt den Menschen im Iran, die ihre Stimme für die Emanzipation der Menschen und gegen die Diktatur erheben«, heisst es in einem Aufruf des Kurdischen Volksrates Hamburg.

Die Proteste in Hamburg fand vor dem iranischen Generalkonsulat statt. Bei der Kundgebung wurde an die demokratische Öffentlichkeit appelliert, sich mit den verfolgten Menschen gegen die Willkür des iranischen Mullahregimes zu solidarisieren und sich für Meinungsfreiheit und demokratische Verhältnisse im Iran einzusetzen sowie die deutsche Bundesregierung und die EU aufgefordert, ihren diplomatischen Druck auf den Iran zu erhöhen und willkürliche Todesurteile zu verhindern. 

Iran ist kein Rechtsstaat!

Weitere Todesstrafen im Iran

Nach Angaben des Staatsanwaltes Gulam Hüseyin Ismaili in der nordostiranischen Stadt Mashad sitzen im dortigen Gefängnis 500 zum Tode verurteilte Gefangene ein. Die oppositionelle iranische Presse spricht ausserdem von 150 zum Tode verurteilter Gefangenen in der kleinen, im Süden des Iran gelegenen Stadt Dashistan.

Im Juli wurden noch 58 und im August 35 Personen hingerichtet. Seit Anfang September wurde nur drei Hinrichtungen bekannt. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Hinrichtungen gestoppt wurden. Vielmehr berichten oppositionelle Medien von einer durch die iranische Regierung durchgesetzten Pressezensur.

Kritik an Hinrichtungen im Iran

Der Henker kam um 11 Uhr vormittags. Vor vier Wochen wurde der junge Seyyed Reza Hejazi im Zentralgefängnis von Isfahan hingerichtet. Niemand durfte in seinen letzten Stunden noch zu ihm, sein über Nacht aus Teheran herbeigeeilter Rechtsanwalt wurde morgens am Gefängnistor abgewiesen.

Hejazi ist einer von 26 Jugendlichen, die in den vergangenen drei Jahren im Iran gehängt worden sind. In keinem Land der Welt hat es etwas Vergleichbares gegeben. Nach Angaben von Human Rights Watch sind seit 2005 nur noch in fünf Staaten jugendliche Täter exekutiert worden: In Saudi-Arabien und im Sudan waren es zwei, in Pakistan und im Jemen jeweils einer. Vor drei Jahren haben auch die Vereinigten Staaten die Todesstrafe für Minderjährige endgültig abgeschafft, 70 Verurteilte warteten damals auf ihre Hinrichtung. Doch Irans Justiz kennt keine Gnade: 130 jugendliche Täter sitzen momentan in den Todeszellen.

Wenn Mahmud Ahmadinejad vor der UN-Vollversammlung in New York auftritt, wird Irans Atomprogramm einen Grossteil der internationalen Aufmerksamkeit absorbieren - nicht aber die Menschenrechte. "In der Amtszeit von Ahmadinejad hat die Lage einen neuen Tiefpunkt erreicht", beklagt Human Rights Watch. Die Zahl der Exekutionen verdreifachte sich im Jahr 2007

auf 317, immer mehr Frauenrechtlerinnen werden zu Haftstrafen verurteilt und Bürgerrechtler sitzen ohne Anklage hinter Gittern.

Internationales Recht verletzt

Der gehängte Seyyed Reza Hejazi war 15 Jahre, als er in eine Rauferei geriet und versuchte, die Kämpfhähne zu trennen. Einer habe ihn ins Gesicht geschlagen, sagte er später aus. Er zückte sein Messer und stach zu. Das Opfer starb wenig später im Krankenhaus - bis zum Schluss beteuerte Hejazi, er habe niemanden töten wollen. Ähnlich auch der Fall des Ende August in Schiraz hingerichteten Behnam Zaare, der jetzt das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) veranlasste, an den Iran eine scharfe Warnung zu richten: "Diese Hinrichtungen sind eine klare Verletzung von internationalem Recht, das ein absolutes Verbot der Todesstrafe für minderjährige Täter festlegt", sagte OHCHR-Sprecher Rupert Colville in Genf.

Aber auch im Iran regt sich Widerspruch. Der Teheraner Rechtsanwalt Mohammad Mostafaei, der beide junge Männer vor Gericht vertreten hat, nannte deren Tötung "einen eklatanten Verstoss des Iran gegen seine internationalen Verpflichtungen". Zwei Konventionen habe sein Land unterzeichnet, "aber trotzdem wird diese Praxis einfach weitergeführt". Mostafaei hat jetzt zusammen mit einem Dutzend anderer Anwälte und Menschenrechtler eine Petition an Irans Justizminister Ajatollah Mahmoud Hashemi Shahroudi geschrieben und verlangt, die Exekution jugendlicher Straftäter abzuschaffen. Eine Antwort haben sie bisher nicht bekommen.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Schweiz kritisiert die Todesstrafe im Iran

Die Schweiz hat die Anwendung der Todesstrafe im Iran kritisiert. Dies teilte das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten mit.

Insbesondere kritisiert worden seien die Hinrichtungen von Jugendlichen, Körperstrafen und Verletzungen der Meinungsäusserungsfreiheit sowie Repressionen gegenüber Kurden oder den Bahai, heisst es.





UN-Vollversammlung; Ahmadinejad greift erneut Israel an

Mahmud Ahmadinejad hat sich in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung einmal mehr aggressiver Rhetorik bedient: Diesmal beschimpfte er die

Israelis als "zionistische Mörder" und attackierte das "amerikanische Imperium". Die US-Delegation hatte schon zuvor den Saal verlassen.

Der iranische Mullah-Präsident Mahmud Ahmadinejad wiederholte sich seine Attacke gegen Israel und fand erneut scharfe Worte. „Das zionistische Regime ist auf dem klaren Weg zum Kollaps. Es gibt keinen Ausweg aus der Kloake, die es selbst und seine Unterstützer geschaffen haben“, sagte Ahmadinejad.

Die Israelis nannte er „zionistische Mörder“. Nach langen religiösen Ausführungen fügte er hinzu: „Der einzige Weg zur Erlösung ist der gerade, göttliche Weg. Andernfalls wird Gottes machtvolle Hand aus dem Ärmel der unterdrückten Völker kommen und Euer Leben schwer machen und Eurer Hegemonie ein Ende setzen.“

Proteste gegen Ahmadinejad in New York

Der Besuch des iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad in New York hat Proteste ausgelöst. Vor dem UNO-Hauptquartier demonstrierten einige hundert Menschen gegen den geplanten Auftritt des Präsidenten vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Sie riefen: "Ahmadinejad raus aus der UNO!"

Israels Staatspräsident Shimon Peres sagte, Ahmadinejads Vorwürfe seien die "dunkelsten Beschuldigungen, fast Anti-Semitismus".



Steinmeier greift Ahmadinejads Hassrede an

Der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier ist mit dem iranischen

Präsidenten Mahmud Ahmadinejad ins Gericht gegangen.

"Die Äusserungen des iranischen Präsidenten zu Israel sind unverantwortlich und inakzeptabel", sagte Steinmeier in seiner Ansprache vor dem UN-Gremium. "Für mich ist der blanke Antisemitismus auch in seiner diesjährigen Rede unerträglich und verlangt unsere gemeinsame Verurteilung."

Berlusconi vergleicht Ahmadinejad mit Hitler



Wie die italienische Nachrichtenagentur ANSA berichtet, verglich Berlusconi am 16. September bei einem Treffen mit Mitgliedern der namhaften jüdischen Organisation Keren Hayesod

in Paris den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinejad mit Adolf Hitler, ohne dabei ihn allerdings konkret genannt zu haben.

"Die Worte von Premier Berlusconi galten den sich ständig wiederholenden Erklärungen der iranischen Seite, in denen solche historischen Ereignisse wie Holocaust und selbst die Existenz des israelischen Staats in Zweifel gezogen werden", hiess es in der Erklärung des Italiens Außenministerium.

Kommentar

Iranische Mullah-Präsident Ahmadinejad sucht nach aussenpolitischen Themen, um von den innenpolitischen Misserfolgen abzulenken und den weltweiten Druck auf Iran aufrechtzuerhalten – zum Beispiel mit seiner israelfeindlichen Äusserungen.

Ahmadinejad und die Radikalen in Iran brauchen ein aussenpolitisches Thema, um von ihren innenpolitischen Misserfolgen abzulenken und den weltweiten Druck auf Iran aufrechtzuerhalten.

Es könnte insofern durchaus sein, dass die Äusserungen Ahmadinejads zu Israel eine kalkulierte Provokation sind. Und mit Politikern wie Ahmadinejad auf der einen und Olmert, Bush und Shaul Mofas auf der anderen rasen hier zwei Züge mit Volldampf aufeinander zu.





Frauenrechte sind Menschenrechte

Weil Regierung und Religion im Iran eins sind, können Frauen nicht in Freiheit und Selbstbestimmung leben

Von Mahnaz Afkhami *

Früher war die Sicherheit des Menschen weitgehend durch die Sicherheit des Staates bestimmt. Ein halbes Jahrhundert internationalen Dialogs über Rechte, Entwicklung und Frieden hat uns jedoch ein breiteres Verständnis des Konzepts der menschlichen Sicherheit verschafft, indem der einzelne Mensch in den Mittelpunkt gerückt wurde. In diesem Verständnis ist die menschliche Sicherheit etwas anderer als eine grössere Version der Menschenrechte und mehr als die aus der Interaktion von Staaten oder von Staat und Gesellschaft entstehender Situation. Dennoch ist sie eng verbunden mit Frieden, Rechten und Entwicklung. Das unterscheidende Merkmal zwischen der menschlichen Sicherheit und diesen älteren Konzepten ist die Situation des Einzelnen in der Gesellschaft. Die Grösse, die diese Situation möglicherweise am stärksten beeinflusst, ist das Mass der gesellschaftlichen Teilhabe – die Verbindung zwischen Machtlosigkeit und Einfluss.

Durch den Einsatz iranischen Frauen hatten eine ganze Entwicklung sozialer, kultureller, politischer und persönlicher Transformation erfahren, als 1979 die Islamische Republik errichtet wurde.

Unmittelbar nach der Ausrufung der Islamischen Republik begannen die neuen Führer, die Rechte, die Frauen für sich errungen hatten, wieder abzuschaffen. Von gesetzlicher Seite: im Text und Geist der islamischen Verfassung, durch die Wiedereinführung der Oberhoheit der Schari'a. In der Praxis: durch das Prinzip „yâ rusari, yâ tusari“ (trage deinen Hijab, oder es gibt Stockschläge auf den Kopf) und die Rechte der Frauen beschnitt und ihre Würde verletzte: vom Schulunterricht bis hin zur Fahrt im Bus.

Warum aber sind Frauen in Iran so unglaublich aktiv, selbst wenn sie sich in solch repressiven Umständen finden? Die Antwort ist die: eine viele Jahrzehnte lange Geschichte von Fortschritt und Emanzipation, die sie unerschütterlich und im Prinzip unaufhaltsam vorwärts treibt. Sie haben Lücken und Schwachstellen ausgenutzt, wo immer sie sie entdeckt haben. Jede Errungenschaft hat sie in eine neue Stellung gebracht, von der sie nicht wieder zurückgedrängt werden können. Das islamische Regime ist allerdings eine inhärente Barriere, die ihren Fortschritt unweigerlich bremsen wird. Dies ist der Grund, weshalb iranische Frauen nicht von sozialen und politischen Theorien profitiert haben, die ihre Soziologie mit schiitischer Epistemologie verwechseln. Nach der Revolution erfreute sich das Studium islamistischer Texte, Strukturen und Verhaltensweisen neuer Beliebtheit. Ich verwende bewusst die Bezeichnung islamistisch, nicht islamisch. Der Islam ist seit jeher ein Bestandteil der iranischen Kultur; aber Mudschtahids, die die Theokratie befürworteten, waren rar gesät. Das, was der Islam vorschrieb, und das, was die Muslime taten, waren in Iran schon immer zwei verschiedene Dinge; und sie sind es auch heute noch. Dies erklärt die energischen Auseinandersetzungen im heutigen Iran zwischen Regime und Gesellschaft, aber auch innerhalb des Regimes.

Es mag sein, dass die gegenwärtige Situation in Iran den Wandel nicht begünstigt. Es mag viele Gründe geben, sich für solcherart Wandel auszusprechen, denn er mag deutlich besser sein als überhaupt kein Wandel. Es darf aber nicht vergessen werden, dass diese Art von Wandel weder der Demokratie noch auf der Menschlichkeit der Frauen basierenden Rechten noch, folglich, einer Steigerung der menschlichen Sicherheit für Frauen wirklich dient.

Die Menschen, auch iranische Frauen, sollen frei sein und Freiheit ist eine fundamentale Voraussetzung ihrer Sicherheit. Sie müssen die Möglichkeit haben, frei zu entscheiden, was sie denken, sagen und tun und natürlich, wie sie ihre Beziehung Gott gegenüber gestalten, oder nicht gestalten, möchten. Dies ist unmöglich, wenn Regierung und Religion eins sind.

* Die Autorin ist Gründerin und Präsidentin von Women's Learning Partnership for Rights, Development and Peace.



Iran ist kein Rechtsstaat!

Offener Brief an die Henker meines Vaters

Vor 20 Jahren fand im Iran eine der grössten Säuberungsaktionen in der Geschichte der Islamischen Republik statt. Bis heute schweigt Teheran darüber.

Von Lale Behzadi *

Bis heute existiert keine offizielle Sterbeurkunde meines Vaters. Es gibt auch kein Grab, das wir besuchen könnten. Wahrscheinlich liegen seine sterblichen Überreste in einem der Massengräber auf dem Khavaran-Friedhof bei Teheran. In einem Einzeiler bestätigte das Aussenministerium Irans nur auf eine Anfrage der Deutschen Botschaft in Teheran 1991 das "Ableben des Genannten".

Manoutchehr Behzadi war Mitglied der kommunistischen Tudeh-Partei Irans und Chefredakteur ihrer Zeitung Mardom. Auf der Flucht vor dem Schah-Regime hatte er 24 Jahre im Exil verbracht – die meiste Zeit davon in der DDR –, bevor er nach der Revolution 1979 nach Iran zurückkehrte. Ich habe meinen Vater als einen sehr gebildeten, klugen Menschen in Erinnerung, der uns lehrte, nachzufragen, sich kundig zu machen und Unrecht jeder Art nicht einfach hinzunehmen.

Als die Verhaftungen von linken Oppositionellen zunahmen, kehrte meine Mutter mit uns Kindern im Sommer 1982 nach Berlin zurück. Im Februar 1983 wurde mein Vater mit vielen anderen Mitgliedern der Tudeh-Partei verhaftet und im Evin-Gefängnis, das bereits zu Schah-Zeiten berüchtigt war, in Isolationshaft gesteckt. Nach unvorstellbaren Folterungen, die unter anderem aus stundenlangem Schlagen mit der Peitsche und Aufhängen an über dem Rücken gekreuzten Armen bestand, traten einige der Gefangenen im Mai 1983 in einer inszenierten Gefängiskonferenz auf, die im iranischen Fernsehen gezeigt wurde. An einem runden Tisch sitzen sichtlich von Misshandlungen gezeichnete Männer, auch Manoutchehr Behzadi, über ihnen Banner mit den Standardslogans gegen die USA und die Sowjetunion. Die Gefangenen loben die Islamische Republik Iran und verdammen ihren eigenen "Irrweg".

Wir erhielten in fünfzehn Jahren 25 Briefe. Sie bestanden aus einem siebenzeiligen Vordruck; auf der Rückseite hatten wir sieben Zeilen für die Antwort. Mein Vater, dessen Befinden nach Aussage seines Bruders schlecht war – er hatte sämtliche Zähne verloren und hätte wegen anderer folterbedingter Beschwerden medizinische Behandlung gebraucht –, schrieb immer gleichlautende Sätze: Mir geht es gut, wie geht es Euch, ich hoffe, alles läuft gut in der Schule, auf der Arbeit usw. Von wenigen Besuchen meines Onkels im Gefängnis abgesehen, gab es keine anderen Kontakte, keine offiziellen Informationen oder Begründungen seitens der iranischen Behörden. Einige der wenigen Überlebenden berichten, dass sich die Haftbedingungen in unvorhersehbarer Weise verschlechterten oder verbesserten, je nachdem welche Fraktion innerhalb der stark zerstrittenen Führungsriege der Islamischen Republik gerade das Sagen hatte.

Im Frühjahr und Sommer 1988 wurden in mehreren Gefängnissen Vorkehrungen getroffen, die man im Rückblick als Vorbereitung der Exekutionen werten muss. Die Kontakte zu den Angehörigen wurden abgebrochen. Gefangene wurden nach Partei- und Gruppenzugehörigkeit sortiert und teilweise zu neuen Verhören abgeholt. Von Spionage war plötzlich keine Rede mehr. Stattdessen stellten die oft aus mehreren Personen bestehenden Verhör-Komitees Fragen nach dem Glauben und der Gebetspraxis der Gefangenen. Die Befragungen erinnern an Inquisitions-Tribunale, in denen man eine "richtige" Antwort kaum geben kann, weil alles darauf abzielt, Abtrünnigkeit nachzuweisen. Die Hinrichtungen fanden innerhalb weniger Wochen statt und forderten den Ausführenden grösste logistische Leistungen ab: So wurden in Evin im Halbstundentakt Gefangene erhängt, oft an extra herbeigeschafften Kränen zu fünft oder sechs, damit es schneller ging. Als diese Methode zu zeitaufwendig wurde (weil das islamische Aufhängen nicht durch Genickbruch, sondern durch Ersticken erfolgt), ging man zu Erschiessungen über, die man wegen der verräterischen Geräusche vorher vermieden hatte. Mit Lastwagen und Hubschraubern wurden die Leichen aus den Gefängnissen geschafft und in Massengräbern verscharrt.



Man kann es zweifellos eine Säuberungsaktion nennen.

Die Menschenrechtsorganisationen sprechen von 2.800 bis zu 5.000 Menschen, die im Sommer und Herbst 1988 umgebracht wurden; die Dunkelziffern sind viel höher.

Im Herbst 1988 wurde das Besuchsverbot aufgehoben. Familien erhielten an der Gefängnisporte einige Habseligkeiten ihrer Angehörigen und die Mitteilung, dass sie nicht mehr lebten. Darüber hinaus wurde ihnen bei Androhung von Strafe absolutes Schweigen auferlegt sowie der Verzicht auf öffentliche Trauerfeierlichkeiten.

Bemerkenswert ist, dass es die iranische Regierung bis heute vermocht hat, diese Hinrichtungswelle, die den Tatbestand eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit erfüllt, vor der iranischen und der Weltöffentlichkeit weitgehend verborgen zu halten und zu leugnen. Anfragen an die Iranische Botschaft in Berlin z.B. wurden 1990 und werden heute ausweichend oder gar nicht beantwortet. Ganze Generationen intellektueller Opposition wurden in dieser sorgfältig durchgeführten Hinrichtungsaktion, die in der jüngeren Geschichte Irans ohne Beispiel ist, ausgelöscht.

Die Verantwortlichen für dieses Massaker sind zum Teil bekannt. Neben Khomeini, der damals eine Fatwa gegen die "Feinde der Revolution" erliess, sind dies auch Mitglieder des jetzigen Regierungsapparates. Beweise sind nur schwer zu beschaffen, weil es bis heute in Iran keine unabhängige Justiz gibt. Iranische Menschenrechtsgruppen und Journalisten im Exil arbeiten unermüdlich daran, diese Verbrechen dem Vergessen zu entreissen und Zeugenaussagen zu sammeln.

Wir werden weiter nach dem Grab meines Vaters und nach den Umständen seines Todes fragen. Manoutchehr Behzadi ist einer von Tausenden, die unter unwürdigsten Bedingungen gefangen gehalten und schliesslich ermordet wurden. Wir machen uns mitschuldig, wenn wir dazu schweigen.

* Lale Behzadi lehrt Arabistik und Islamwissenschaft an der Universität Göttingen ■



EU kritisiert Einschränkung der Religionsfreiheit

Die EU hat die Einschränkung der Religionsfreiheit im Iran kritisiert und sich „sehr besorgt“ gezeigt. Die französische EU-Ratspräsidentschaft erklärte, der Druck auf religiöse Minderheiten in dem islamischen Staat habe in den vergangenen Monaten zugenommen. So seien Christen und Mitglieder der Baha'i-Gemeinden festgenommen worden. Auch nichtschiiitische Muslime würden verfolgt und ihr Eigentum werde konfisziert.

EKD besorgt über Religionsfreiheit im Iran

Die Evangelische Kirche in Deutschland ist tief besorgt über die Einschränkungen der Religionsfreiheit im Iran. Ein neues iranisches Gesetz, das die Abkehr vom Islam unter Androhung der Todesstrafe verbietet, sei vollkommen inakzeptabel, hiess es in Hannover.

Das vom Parlament Anfang September beschlossene Gesetz verletze die Menschenrechte fundamental. EKD verweist darauf, dass das Vorgehen der iranischen Behörden gegen die Religionsgemeinschaft der Baha'i und gegen zum Christentum übergetretene Muslime in den ersten Monaten dieses Jahres bereits grosse Befürchtungen ausgelöst habe, die durch das Gesetz nun bestätigt würden. Eine derart diskriminierende Gesetzgebung berge die Gefahr, dass nicht nur staatliche Organe im Iran gegen Konvertiten vorgehen, sondern auch eine Atmosphäre der Herabwürdigung und Verurteilung entstehe, in der sich auch Privatpersonen und religiöse Gruppen zu Übergriffen und Gewalttaten berechtigt fühlen. Ebenso drohe ein Vorgehen gegen die bisher tolerierten Kirchen.

Die aktuelle Entwicklung bleibt der EKD zufolge nicht ohne Folgen für die Konsultationen mit schiitischen Religionsvertretern aus dem Iran. Für das nächste Treffen Mitte Oktober könne es nur ein Thema geben: die Religionsfreiheit und die Menschenrechte, hiess es. ■